

ZeitZeichen

NUMMER 3 | SEPT. 2018 | Magazin der Kath. ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich | 63. Jahrgang | 4 Euro | Jahresabo 17 Euro



Mit
Regionalteil:
Steiermark
und
Wien

FOTO: KA WIEN



2



6



8

Retropolitik AK-Präsidentin Renate Anderl im Interview mit ZeitZeichen **Seite 2-3**

Wann ist Zeit für uns?
Auswirkungen des 12-Stunden-Tags auf die jüngsten Familienmitglieder **Seite 6**

Kampf ums Überleben
Gewerkschaftliche Arbeit in Kroatien **Seite 8-9**

Retropolitik

AK-Präsidentin Renate Anderl im Interview mit ZeitZeichen

Seit Ende April ist Renate Anderl Präsidentin der Arbeiterkammer. Von 2014 bis 2018 war sie geschäftsführende Vizepräsidentin des Österreichischen Gewerkschaftsbunds und von 2015 bis Mai 2018 vom Wiener Gemeinderat und Landtag entsandtes Mitglied des österreichischen Bundesrats. Der Amtsantritt Anderls als AK-Präsidentin fällt in eine Zeit großer innen- und sozialpolitischer Herausforderungen, die Selbstverständnis und Wirksamkeit auch einer Arbeiterkammer infrage stellen. DAS INTERVIEW MIT RENATE ANDERL FÜHRTE: **ELISABETH OHNEMUS**

Im Frühjahr hat die Arbeiterkammer unter dem Titel „Wie soll Arbeit?“ eine Dialog-Initiative gestartet und innerhalb von drei Monaten damit mehr als eine Million Mitglieder erreicht. Jetzt liegt auf Grundlage der Ergebnisse ein „Zukunftsprogramm“ der AK vor. Was sind dessen zentrale Inhalte?

Herzstück des Programms ist eine Digitalisierungs-Offensive. Bisherige Maßnahmen von Wirtschaftskammer, Bundes- und Landesregierung zum digitalen Wandel haben vor allem, UnternehmerInnen oder Betriebe unterstützt. Wir wollen hier bewusst einen Kontrapunkt setzen und die ArbeitnehmerInnen dabei unterstützen, damit sie auch in Zeiten technologischer Umbrüche mithalten können, etwa durch Weiterbildung. Dafür sollen in den nächsten fünf Jahren 150 Millionen Euro fließen, die dazu beitragen, die Arbeitswelt von morgen arbeitnehmerInnen-freundlich zu gestalten. Diese Summe wird von den Arbeiterkammern in jährlichen Tranchen bereitgestellt – finanziert durch die Auflösung bzw. Umwidmung von Rücklagen, Kreditaufnahmen und die Nutzung aller Effizienzpotenziale. Zusätzlicher finanzieller Spielraum ergibt sich, wenn der Gesetzgeber die Empfehlungen des Rechnungshofs zur Kostendämpfung bei den alten AK-Pensionen umsetzt. Außerdem planen wir einen Ausbau des Beratungsangebotes in drei Schlüsselbereichen: Zum einen bei Bildung - hier wollen wir Jugendliche in Schlüssel-Altersgruppen dabei unterstützen, ihren Lehrabschluss nachzuholen. Außerdem planen wir eine neue Servicestelle, die Bildungsabschlüsse einstuft und EU-weit vergleichbar macht. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Pflege: Wir haben eine neue Abteilung geschaffen, die mit der Registrierung der über 100.000 unselbstständig Beschäftigten in den Gesundheitsberufen betraut ist. Darüber hinaus soll es Beratung bei der Pflegegeld-Einstufung geben. Und zum dritten werden wir unsere Wohnrechtsberatung noch weiter verstärken.

Am 30. Juni dieses Jahrs sind rund 100.000 Menschen gegen den 12-Stunden-Tag auf die Straße gegangen. Ein „heißer Herbst“ steht bevor. Welche Rolle wird die Arbeiterkammer dabei spielen?

Wir werden natürlich sehr genau darauf schauen, ob die Beteuerungen der Regierung bezüglich Freiwilligkeit auch ein-

gehalten werden – wobei ich da meine Zweifel habe. Das Arbeitsrecht kennt nämlich keine Freiwilligkeit. Wir werden alle Fälle, die an uns herangetragen werden, ganz genau prüfen, dokumentieren und die Betroffenen bei sämtlichen rechtlichen Schritten begleiten – bis vors Arbeitsgericht. Außerdem werden wir die Beschäftigten laufend über ihre Rechte im neuen Arbeitszeitgesetz informieren.



AK-Präsidentin Renate Anderl zum 12-h-Tag: „Wir werden sehr genau darauf schauen, ob die Beteuerungen der Regierung auch eingehalten werden.“ **Foto: SEBASTIAN PHILIPP**

Wo sehen Sie die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen in dieser Frage positioniert?

Ich verteile grundsätzlich keine Haltungsnoten, und als Präsidentin der Arbeiterkammer lege ich großen Wert auf Überparteilichkeit. In der AK funktioniert die fraktionsübergreifende Arbeit wirklich sehr gut, nicht nur beim Thema 12-Stunden-Tag.

Inwieweit sehen Sie die Sozialpartnerschaft durch die Regierung gefährdet?

Zunächst möchte ich Folgendes präzisieren: Die Sozialpartnerschaft – und das war bis dato immer ihr Erfolgsgeheimnis – besteht ja aus VertreterInnen der ArbeitnehmerInnen und der ArbeitgeberInnenseite. Die Gesprächsbasis der Regie-

rung zu AK und ÖGB ist derzeit kaum vorhanden, während das Verhältnis zu Industrie und Wirtschaft durchaus intakt zu sein scheint. Ich wäre jederzeit bereit, mich an den Verhandlungstisch zu setzen – die Signale der Regierung diesbezüglich sind allerdings eher durchwachsen.

Im Bereich von Frauenprojekten und –initiativen spart die Regierung massiv ein. Was bedeutet das aus Ihrer Sicht beschäftigungs- und demokratiepolitisch? „Wie geht Frauenpolitik“ derzeit?

Es ist tatsächlich so, dass gleich mehrere Maßnahmen, die die Regierung vorgestellt hat, aus frauenpolitischer Sicht

bedenklich sind. Hier wäre der 12-Stunden-Tag an erster Stelle zu nennen. Es ist mittlerweile klar erwiesen, dass Arbeitszeitverkürzung auch dazu beiträgt, dass die Arbeit insgesamt gerechter zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird. Mit dem neuen Arbeitszeitgesetz werden aus meiner Sicht viele Frauen aus Vollzeitjobs gedrängt, da – gerade im ländlichen Bereich – die Kinderbetreuung nicht gut genug ausgebaut ist, um Eltern eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen. Warum die Regierung aber auch bei wichtigen Gewaltschutz-Einrichtungen einspart, kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen. Insgesamt hat man schon den Eindruck, dass derzeit eher „Retro-Politik“ betrieben wird.

EDITORIAL

ZUR PERSON

Elisabeth Ohnemus ist Germanistin, Theologin und diplomierte Sozialarbeiterin. Sie ist derzeit tätig als Pressereferentin der Katholischen Frauenbewegung Österreichs, als freie Journalistin und in der Erwachsenenbildung mit Schwerpunkt „politische Bildung“. **FOTO:** P. SCHREIBER



In Bewegung

Katholische (und nicht-katholische) ArbeitnehmerInnen in Bewegung: Am 30. Juni dieses Jahres ist das Wesen der „Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung“ wieder einmal sinnfällig geworden – unter rund 100.000 Menschen waren auch zahlreiche VertreterInnen der Katholischen ArbeitnehmerInnen Bewegung aus verschiedenen Teilen Österreichs auf den Straßen Wiens unterwegs, um gegen das neue, kurz darauf von der Regierung verabschiedete Arbeitszeitgesetz aufzutreten. Viel ist „in Bewegung“ geraten – die Regierung prescht mit Plänen und Gesetzesänderungen wie jener, die mit 1. September dieses Jahres den 12-Stunden-Tag geltend macht, vor, fordert heraus, Rechte und Würde zu verteidigen, sich gemeinsam auf- und stark zu machen für eine menschenwürdige, gerecht gestaltete Arbeitswelt und ein gutes Leben für alle. Dem Aufschrei von 100.000 folgte ein heißer Sommer, ein „heißer Herbst“ wird erwartet. Wie sich die neu gewählte AK-Präsidentin Renate Anderl positionieren will, lesen Sie im Interview auf den Seiten 2 – 3, ein Interview mit Norbert Schnedl, Bundesvorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafter, wäre für diese Ausgabe vorgesehen gewesen, ist aber an der Unerreichbarkeit von Norbert Schnedl gescheitert. Die Debatten zum Thema Arbeitszeitflexibilisierung und anderen Entscheidungen der Regierung werden auch innerhalb der KAB teilweise kontrovers diskutiert, ZeitZeichen versteht sich diesbezüglich als Plattform für die Sammlung und den

Austausch von Argumenten. In diesem Heft schreibt die Vorsitzende der Katholischen Jungschar Österreichs, Stephanie Schebesch-Ruf, über Auswirkungen der 12-h-Tag-Regelung auf Kinder (S. 6), Alois Ruhri, stellvertretender Vorsitzender der KAB Steiermark, diskutiert die Fragwürdigkeit der „Freiwilligkeit“ dieser Maßnahme (S. 14). Ein Hinweis auf die Position der Katholischen Frauenbewegung Österreichs und ein Statement der Österreichischen Bischofskonferenz zum neuen Gesetz finden sich auf den Seiten 4 – 5, ebenso die Forderung der Katholischen Aktion der Erzdiözese Wien nach Einführung eines „16-Stunden-Tags“ – im Sinne des KAB-Modells der Tätigkeitsgesellschaft oder auch der 4-in-einem-Perspektive der deutschen Soziologin und Philosophin Frigga Haug. Wo bleibt das „Soziale“, das „Christliche“ in der Regierungspolitik? Eine Frage, die gpa-Vertreterin Veronika Bohrn-Mena in ihrem Kommentar stellt (S. 7), der auch (neuerlich) der ehrenamtliche Vorsitzende der KABÖ, Philipp Kuhlmann, nachgeht (S. 10), rekurrierend auf die Katholische Soziallehre, Papst Franziskus und Initiativen wie „christlich geht anders“. Über den „weltregionalen“ Tellerrand hinaus blicken die beiden Beiträge zur gewerkschaftlichen Situation in Kroatien (S. 8-9) und der Selbstorganisation von ArbeiterInnen in Ecuador (S. 11). Auch und ein Grund dafür, als österreichische ArbeitnehmerInnen weiter „in Bewegung“ zu kommen, in Bewegung zu bleiben ... Es gibt viel zu verlieren!

Reden wir statt über den 12h-Tag über den 16h-Tag

30h-Woche und Arbeitszeitverkürzung machen uns und unsere Gesellschaft zukunftsfähig

„Nein zum 12h-Tag“: Katholische Aktion, Frauenbewegung und ArbeitnehmerInnenbewegung waren gemeinsam mit der „Allianz für den freien Sonntag“ und der Initiative „Christlich geht anders“ sowie zahlreichen VertreterInnen aus Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft aus ganz Österreich am 30. Juni durch die Wiener Innenstadt unterwegs. Der ÖGB hatte zu einer Demonstration gegen das neue Arbeitszeitgesetz der Regierung aufgerufen, alle Fraktionen in der Gewerkschaft hatten diesen Aufruf gestützt, rund 100.000 Menschen sind ihm gefolgt. Die Katholische Aktion der Erzdiözese Wien hat dazu nachfolgende Positionierung abgegeben.



Die Regierung soll nicht die Demokratie einschränken und ohne Notwendigkeit, Gesetze ohne Begutachtungsfrist im Parlament durchpeitschen. Sie gefährdet damit den sozialen Frieden und die Sozialpartnerschaft, wenn sie Gesetze vorlegt, zum Nachteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Damit bringt sie noch mehr Spaltung in eine ohnehin polarisierte Bevölkerung", so Christoph Watz, Generalsekretär der Katholischen Aktion in der Erzdiözese Wien.

Bezüglich Arbeitszeitregelung läuft die Diskussion in die völlig falsche Richtung: Wir sollten statt über den 12h-Tag über den 16h-Tag reden, nämlich über eine Aufteilung in 4h Erwerbsarbeit, 4h Sorgearbeit (Alten-Pflege/Kinder-Betreuung/Hausarbeit ...), 4h Gemeinwohlarbeit (ehrenamtliches Engagement in Vereinen, Politik, ...), 4h Arbeit für mich (kreativ/schöpferisch tätig sein, Kontemplation, lernen/bilden, ...). Das alles kann nur unter der Prämisse der Verkürzung von Erwerbsarbeit umgesetzt werden. Also, leiten wir gerade in Zeiten von Industrie 4.0 und hoher Sockelarbeitslosigkeit, trotz Hochkonjunktur, die Debatte in diese Richtung. Beispiele finden wir in Skandinavien, wo Betriebe standardmäßig 12h am Tag produktiv sind, indem sie in 2 Schichten mit Menschen arbeiten, die jeweils 6h am Tag arbeiten und somit die Wochenarbeitszeit auf 30h reduziert haben. Das unterstützt ein Familienleben, das beiden Eltern Erwerbsarbeit und Sorgearbeit ermöglicht und einer ausgewogenen Work-Life-Balance recht nahe kommt.



30. Juni 2018, Mariahilferstraße, Wien: Rund 100.000 Menschen, darunter zahlreiche VertreterInnen der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Österreichs und diverser Diözesen, sind dem Aufruf des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gefolgt, gegen die Einführung des 12h-Tages auf die Straße zu gehen.

FOTO: KA WIEN

ÖSTERREICHISCHE BISCHÖFE KRITISIEREN REGIERUNGSPÄNE

Vorwurf der Verletzung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Republik Österreich

Die österreichische Bischofskonferenz hat im Juni an den Plänen der Regierung zur Ausdehnung der Höchstarbeitszeit heftige Kritik geübt. „Die beabsichtigten Gesetzesänderungen verletzen völkerrechtliche Verpflichtungen der Republik Österreich“ auf Grundlage des Konkordats und seien „verfassungsrechtlich bedenklich“, heißt es laut Kathpress in einer von der Bischofskonferenz veröffentlichten Stellungnahme.

Darüber hinaus sei die Planung „derart umfassender Gesetzesänderungen ohne Begutachtungsverfahren“ auch „demokratiepolitisch bedenklich“. Das Vorhaben stelle außerdem „eine Geringschätzung des Familienlebens mit gravierenden Auswirkungen auf die gesellschaftliche Ordnung“ dar.

Neben den Samstagen und Sonntagen seien auch alle Feiertage in Österreich von dem geplanten Gesetzesvorhaben betroffen, so die Bischöfe. Aus völkerrechtlicher Sicht sei festzustellen, „dass Eingriffe in die Wochenend- und Feiertagsruhe - jedenfalls soweit sich diese auf die im Konkordat verankerten Sonn- und Feiertage beziehen - einen Eingriff in die durch das Konkordat gewährleistete Sonn- und Feiertagsruhe darstellen“, erklären die österreichischen Bischöfe in ihrer Stellungnahme.

Um den völkerrechtlichen Verpflichtungen zu entsprechen, sei die Kontaktaufnahme der Republik Österreich mit dem Heiligen Stuhl notwendig, um das im Konkordat völkerrechtlich geforderte Einvernehmen in Bezug auf die geplante Einschränkung der Feiertagsruhe herbeizuführen. „Die Missachtung dieser Verpflichtung vor einer etwaigen Beschlussfassung im Nationalrat konstituiert daher einen Eingriff in die völkerrechtliche Verpflichtung der Republik“, heißt es in der Erklärung.

Die österreichische Regierung hat nach heftiger Kritik aus Kirche und Gesellschaft eine „Freiwilligkeitsgarantie“ in das Gesetz zur Arbeitszeitflexibilisierung eingefügt.

VON: KAP/RED



LITERATURHINWEIS

Dossier der Katholischen Sozialakademie zum Thema „Zeitsouveränität“:

https://www.ksoe.at/dl/OsskJmoJkln-Jqx4KJKJmMJLkl/Dossier_01_2018_Zeitsouver_nit_t.pdf

FACTS

Was heißt der 12-Stunden-Tag für Frauen? Die Katholische Frauenbewegung Österreichs hat sich aus gegebenem Anlass bereits im April 2017 mit dem Thema befasst und aus der Perspektive von Frauen gegen eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit argumentiert. Die Presseaussendung der kfbö ist downloadbar unter:

<http://www.kfb.at/kfb/de/presse/aussendungen/2017/article/2018.html>

Mit unterwegs vom Wiener Westbahnhof bis zum Heldenplatz: VertreterInnen und UnterstützerInnen der „Allianz für den freien Sonntag“

FOTO: BLIEM

Wann ist Zeit für uns?

Auswirkungen des 12-Stunden-Tags auf die jüngsten Familienmitglieder

Als Kinderorganisation der Katholischen Kirche in Österreich hat sich die Katholische Jungschar von Anfang an entschieden gegen die Ausweitung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 12 Stunden pro Tag gestellt. Die zentrale Forderung dahinter: Arbeitszeiten müssen mit Familie und Kindern vereinbar sein. Ein Beitrag von Stephanie Schebesch-Ruf, Vorsitzende der Katholischen Jungschar Österreichs. VON: STEPHANIE SCHEBESCH-RUF

Als Katholische Jungschar fordern wir zwar einen Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, vor allem im ländlichen Raum, allerdings bezieht sich diese Forderung auf einen Ausbau, der es Eltern erlaubt, im Rahmen ihrer Teil- oder Vollzeitbeschäftigung von maximal 38 Wochenstunden adäquate und qualitative Betreuungseinrichtungen für ihre Kleinsten vorzufinden. Bei einer Ausweitung der „freiwilligen“ Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche kann aber die Lösung keinesfalls sein, Betreuungseinrichtungen zu schaffen, in die Kinder 12 Stunden pro Tag „abgeschoben“ werden. Gerade wurde das Budget für den Ausbau von Kinderbetreuung in Österreich um 30 Millionen gekürzt, an einen adäquaten Ausbau ist also im Moment ohnehin nicht zu denken.

Aus Sicht von Kindern kann ein 12-Stunden-Tag kein erfülltes Familienleben gewährleisten. Kinder brauchen Stabilität, Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit in der Familie. Kindererziehung kann nicht innerhalb von Freizeitblöcken passieren, die zwischen langer Arbeitszeit freigeschaufelt werden, Kinder haben tägliche Bedürfnisse. Bei einer Wochenarbeitszeit von 60 Stunden können diese Bedürfnisse nicht gestillt werden. Kinder brauchen belastbare Beziehungen zu ihren Eltern, die durch gemeinsame Zeit und Zuwendung entstehen. Eine erhöhte Arbeitszeit birgt unter anderem ein erhöhtes Risiko für arbeitsbedingte psychische Belastungen. Dabei galt Österreich im EU-Schnitt bereits vor der Anhebung der Arbeitszeit als eines der Länder mit der höchsten Wochenarbeitszeit. Mütter und Väter,

die durch eine erhöhte Arbeitszeit erhöhten Druck oder erhöhte psychische Belastung erfahren, können ihren Kindern zuhause nicht mehr die Zuwendung geben, die sie gerne würden. Das wirkt sich unmittelbar und langfristig auf das Wohlbefinden und die Entwicklung von Kindern aus.

Die mittlerweile gesetzlich beschlossene Ausweitung der täglichen Arbeitszeit auf 12 Stunden bringt Familien also keinen Vorteil. Im Gegenteil: das 8-8-8-Modell (acht Stunden Arbeit, acht Stunden Freizeit, acht Stunden Schlaf), das von der ArbeiterInnenbewegung des 19. Jahrhunderts so vehement im Kampf für ihre Rechte eingefordert wurde, scheint in eine Welt, in der „Leistung sich wieder lohnen soll“, nicht mehr hineinzupassen.

Bedroht sind in diesem Kontext natürlich auch unmittelbar der arbeitsfreie Sonntag, genau die Zeit, die für Familie so wichtig wäre, sowie ehrenamtliches Engagement: wenn Freizeit weniger wird, kann man sich auch weniger ehrenamtlich engagieren. Das betrifft unzählige Vereine in Österreich, u.a. auch

die Jungschar. Zunächst bleibt also in der Familie weniger Zeit für Kinder, weil Mama und/oder Papa 12 Stunden pro Tag arbeiten „dürfen“, in weiterer Folge wird es aber auch schwerer, Freizeitangebote für Kinder, die vom Ehrenamt getragen sind (Stichwort Jungschar) zu nutzen. Diese Reform der Arbeitszeit wurde ohne die Beteiligung der BürgerInnen in Österreich entschieden, der Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes nicht ausreichend evaluiert. Die Leidtragenden sind wie in so vielen Fällen kurzsichtiger politischer Entscheidungen die Kinder in Österreich, was wir als Katholische Jungschar entschieden verurteilen. Aus diesem Grund standen wir auch gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend auf und machten bei einer öffentlichen Aktion Anfang Juli am Ballhausplatz auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam. Das Kinderbetreuungsgeld zu kürzen ist nicht der richtige Ansatz, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Es braucht endlich adäquate und qualitative Betreuungseinrichtungen für die Kleinsten, damit Arbeit und Familie gut vereinbar sein können.



Stephanie Schebesch-Ruf: „Aus Sicht von Kindern kann ein 12-Stunden-Tag kein erfülltes Familienleben gewährleisten.“ FOTO: KATHOLISCHE JUNGSCCHAR

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Veronika Bohrn Mena ist in der GPA-djp Interessenvertretung tätig. Sie ist Vorsitzende der Plattform Generation Praktikum und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit atypischer und prekärer Arbeit. Sie wird 2018 für „ZeitZeichen“ regelmäßig Kommentare zu Themen aus der Arbeitswelt verfassen. **FOTO:** VERONIKA BOHRN MENA



Der Verlust der Menschlichkeit: Wo bleibt die Nächstenliebe in der Politik?

Es lässt sich nicht mehr darüber streiten, dass die soziale Kälte in der Politik der Regierung beängstigende Züge angenommen hat. Bisherige Maßnahmen fielen alle zu Lasten von ArbeitnehmerInnen und ihren Familien und zu Gunsten von Industrie und Wohlhabenden aus. Sie lassen jede Form von Solidarität und Nächstenliebe schmerzlich vermissen. Diese Politik wird vielmehr begleitet von einer Ideologie der Ungleichheit, in der selbst jenen, denen das Leben besonders schwer zugesetzt hat, die Schuld für ihr Leid selbst übertragen wird. Das ist für eine ehemals auch christlich-soziale Partei wie die ÖVP durchaus beachtlich.

Nicht grundlos warnen auch die Direktoren der österreichischen Caritas in einer Erklärung zur Kürzung der Mindestsicherung durch die Regierung "eindringlich vor einer schrittweisen Demontage des Sozialstaates". Es wird Neid gegen BezieherInnen von Notstandshilfe oder Mindestsicherung, ja selbst gegen im Ausland lebende Kinder von Pflegerinnen geschürt. Es wird gehetzt gegen Flüchtlinge und MuslimInnen. Es wird gespalten und es wird nach unten getreten. Getönt wird dazu „Leistung muss sich lohnen“ und „auch von 150 Euro pro Monat kann man leben“.

Erfolg und Nutzen als neues Leitbild?

In Deutschland wo Sozialabbau durch Hartz IV und der Agenda 2010 bereits zu Beginn des Jahrtausends an der Tagesordnung stand, wurde zu diesem Phänomen der gruppenbezogenen Abwertung von Menschen bereits intensiv geforscht. Mit dem alarmierenden Ergebnis, dass sich laut dem Studienleiter Wilhelm Heitmeyer schon damals "zivilisierte, tolerante, differenzierte Einstellungen gerade in höheren Einkommensgruppen in unzivilisierte, intolerante - verrohte - Einstellungen verwandelten und schwachen Gruppen ihre Unterstützung verweigert wurde."

So waren 2011 über ein Drittel der Deutschen der Meinung, dass bestimmte Menschen „nützlicher“ wären als andere und fast 30 Prozent fanden, dass die Gesellschaft sich „weniger nützliche Menschen nicht leisten kann“. Zudem unterstellten

47 Prozent, dass die meisten Arbeitslosen nicht wirklich daran interessiert seien, eine neue Arbeit zu finden und 59 Prozent fänden es gar empörend, dass Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gesellschaft überleben konnten. Als Ursache für den beängstigenden Wandel wurde identifiziert, dass es den Wohlhabenden um die Sicherung der eigenen Privilegien durch die Abwertung vermeintlich „Nutzloser“ ging.

Politik der Verrohung

Eine weitere traurige Erkenntnis zum Wandel in unserem gesellschaftlichen Klima liefert eine aktuelle Umfrage des Spiegel, wonach 68 Prozent der Deutschen eine deutliche Verrohung in der politischen Debatte sehen. Auf die Frage "Gibt es aktuell einen Rechtsruck in der deutschen Politik?" antworteten 67 Prozent: "Ja, den gibt es." In Österreich, wo die Grenzen des Sagbaren ebenso wie des Machbaren noch viel weiter verschoben wurden, kann das Ergebnis nicht weniger fatal ausfallen.

Spätestens jetzt müsste also der Zeitpunkt erreicht sein, an dem sich Christlich-Soziale mit Herz und sozialem Gewissen, auch in der ÖVP gegen den menschenfeindlichen Kurs ihrer Parteiführung erheben müssten. Sie sollten es Christian Konrad, der Bischofskonferenz oder Erhard Busek gleich tun. Denn auch wer diese unsoziale Politik der Regierung in der ÖVP noch weiter stumm mitträgt, macht sich mitschuldig und sollte sich eingehend mit dem eigenen Gewissen auseinandersetzen.

Frauen* Volksbegehren



INFO

Es ist so weit: Das Frauenvolksbegehren kann unterzeichnet werden - Eintragungswoche ist die Woche vom 1.–8. Oktober 2018.

Download der Positionierung der KABÖ zum Frauenvolksbegehren:

www.kaboe.at/site/oesterreich/aktivitaeten/aktuelles

Kampf ums Überleben

Gewerkschaftliche Arbeit in Kroatien

Snjezana Brajinovic, Absolventin der von ÖGB und Arbeiterkammer angebotenen „Sozialakademie“, recherchierte im Rahmen ihres Lehrgangspraktikums über die Lage der Gewerkschaften in Kroatien. Zusätzliche Herausforderungen sind Sonn- und Feiertagsarbeit. Hoffnung gibt die grenzüberschreitende Vernetzung. VON: SNJEZANA BRAJINOVIC

In Kroatien arbeiten die Gewerkschaften unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Die arbeitsrechtlichen und sozialen Standards sind trotz EU-Mitgliedschaft weit unter dem europäischen Durchschnitt. Die Handelsgewerkschaft STH „Sindikat Trgovine Hrvatske“ ist Mitglied bei SSSH (Savez samostalnih sindikata Hrvatske), dem größten und stärksten Gewerkschaftsbund in Kroatien. Mit nur

von sozialer Verantwortung in den Kollektivverträgen.

Zersplitterte ArbeitnehmerInnenvertretung

In Kroatien erfolgt die Vertretung der ArbeitnehmerInneninteressen auf betrieblicher Ebene durch Gewerkschaften und/oder BetriebsrätInnen. Ein großes Problem stellt dabei die Zersplitterung der sozialpartnerschaftli-

chen Zersplitterung zu beheben, hat die Regierung im Juli 2012 neue Regeln für die Teilnahme der Gewerkschaften an den nationalen Gremien eingeführt. Nun müssen der Dachverband oder seine Mitgliedsgewerkschaften ArbeitnehmerInnen in mindestens fünf verschiedenen Wirtschaftszweigen organisieren und über Büros in mindestens vier Regionen verfügen; der Gewerkschaftsbund muss seit mindestens sechs Monaten amtlich eingetragen sein, über ausreichende Mittel verfügen, um mindestens fünf eigene Mitarbeiter zu beschäftigen, und vor allem Gewerkschaften umfassen, die insgesamt mindestens 50.000 Mitglieder haben. Die mangelnde rechtliche Regelung der Vertretungsrechte stellt für die ArbeitnehmerInnenseite eine große Herausforderung dar. Kollektivverträge werden oftmals von ArbeitgeberInnenseite nicht eingehalten, ohne Folgen oder Sanktionen fürchten zu müssen.



„Schuhe, die niemand mehr braucht“: Zu geringe Einkommen sind in Kroatien ein wesentlicher Grund für die Auswanderung FOTO: ADEL/PIXELIO.DE

acht MitarbeiterInnen betreut die STH über 15.000 Mitglieder in ganz Kroatien. Sie setzt sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der ArbeitnehmerInnenrechte ein. Oberstes Ziel ist der Ausbau der Sicherheit am Arbeitsplatz, der ArbeitnehmerInnenschutz, sowie die Verankerung

chen Organisationen, insbesondere der Gewerkschaften, dar. Es mangelt an Einheit und der gemeinsamen Strategie gegenüber ArbeitgeberInnen und Regierung.

Neue Regeln für die Gewerkschaften

Um das Problem der gewerkschaftli-

Situation der Beschäftigten im Handel

Im Handel ist es fast Usus, die gewerkschaftliche Arbeit in Betrieben zu erschweren oder zu unterbinden. So führten Reformen des Arbeitsrechts dazu, dass Arbeitsverträge bei Neueinstellungen häufig auf bis zu drei Jahre befristet werden oder es gibt nicht erlaubte Kettendienstverträge. Die Arbeitsbedingungen haben sich für die Beschäftigten zuletzt stark verschlechtert (z.B. Lohn- und Gehaltskürzungen). Laut STH betrug im Jahr 2015 ein Durchschnittsgehalt von VerkäuferInnen bei 40 Stunden brutto 3.975,40 bzw. netto 3.098,18 Kuna. Das entspricht ca. 413 Euro. Der Gewerkschaftsbund

SSSH kommt bei seinen Berechnungen für den Warenkorb einer durchschnittlichen Familie bei den Aufwendungen für Ernährung auf einen Anteil von 40%. Im Ländervergleich zeigt sich das deutlich überhöhte Preisniveau für Lebensmittel, das annähernd an das von Österreich heranreicht.

Die Gewerkschaft versucht nun in vielen großen Firmen, wie etwa Spar, Interspar, Kaufland und Billa, die MitarbeiterInnen gewerkschaftlich zu organisieren, um dort auf Unternehmensebene einen Kollektivvertrag abzuschließen. Je höher die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist, umso mehr Gewicht haben die Forderungen und Argumente der Gewerkschaft STH. Im Handel gibt es derzeit 9 Kollektivverträge auf Unternehmensebene. In diesen Unternehmen liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei 57%.

Öffnungszeiten und Sonn- und Feiertagsarbeit

Derzeit dürfen die Geschäfte 7 Tage/24 Stunden offen halten. Sonntagsarbeit leisten vorrangig Frauen. Die Beschäftigten fordern, dass die Geschäfte am Sonntag geschlossen bleiben oder einen fairen Feiertagszuschlag, sowie eine Regelung, um nicht jeden Sonntag arbeiten zu müssen. Es gibt in Kroatien vierzehn gesetzliche Feiertage. Geschäfte haben aber nur an drei Feiertagen geschlossen – trotz 85% römisch-katholischer Bevölkerung.

Aufgrund des fehlenden Branchenkollektivvertrags für die Sparte Handel werden die Zuschläge für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht oder nur teilweise bezahlt. Laut Arbeitsgesetz ist diese Arbeit höher zu entlohnen. Dem ist Genüge getan, wenn nur EIN Kuna mehr bezahlt wird.

Unterstützung auf internationaler Ebene

Die Handelsgewerkschaft STH nahm diese Umstände zum Anlass, sich neu aufzustellen und EU-weit strategische Partnerschaften und Allianzen zu suchen. Die Vernetzungsstrategie umfasst

internationale Zusammenarbeit und Kampagnen wie den „Wiener Dialog“, die „Allianz für den freien Sonntag“ oder „Gewerkschaften ohne Grenzen“ und Partnerschaften mit Organisationen in Deutschland, Österreich, Slowakei, Slowenien und Ungarn. Gemeinsames Ziel ist es, zu einem Verbot der Sonntagsarbeit im Handel auf europäischer Ebene zu kommen und die gewerkschaftliche Arbeit in multinationalen Unternehmen zu koordinieren.

Im Rahmen der Aktion Gewerkschaften ohne Grenzen findet seit 2007 im Vorfeld zum Tag der Arbeit, ein mittlerweile schon traditionelles Treffen der Gewerkschaften von Kroatien und Slowenien statt. Dabei wurde etwa 2016 von den GewerkschaftspräsidentInnen eine gemeinsame Erklärung zur Situation der Flüchtlinge unter dem Titel „Menschen- und Arbeitnehmerrechte sind für alle gleich“ unterzeichnet und zu einem solidarischen und respektvollen Umgang mit Flüchtlingen aufgerufen.

„Reci to cipelama - Schuhe, die niemand mehr braucht“

2016 hat SSSH die BürgerInnen in Zagreb aufgerufen, Schuhe als Symbol für all jene, die ausgewandert sind, in einen Park zu bringen. Die Regierung wurde aufgefordert, endlich mit Maßnahmen gegenzusteuern. In den vergangenen zehn Jahren haben über 110.000 Menschen Kroatien verlassen (davon über 40% nach Deutschland). Die wichtigsten Gründe auszuwandern sind zu geringes Einkommen, schlechte Arbeitsbedingungen und hohe Arbeitslosigkeit. Diese werden etwa von HochschulabsolventInnen als primäre Gründe genannt, oft gleich nach Studienabschluss auszuwandern.

Engagement für ein besseres Leben

Der persönliche Einsatz der kroatischen GewerkschaftskollegInnen, ihre Offenheit gegenüber den ausländischen PartnergewerkschafterInnen und ihr ungebrochener Optimismus sind beeindruckend. Mit geringsten finan-

ziellen Mitteln werden die großen gesellschaftlichen Probleme, wie Arbeitslosigkeit und Armut trotz Arbeit, mit starkem Willen und Ausdauer angegangen - unter Rahmenbedingungen, die weit unter unseren österreichischen Standards rangieren.



ZUR PERSON

Snjezana Brajinovic, Absolventin der „Sozialakademie“ von ÖGB und Arbeiterkammer: Europäische Vernetzung als wichtige Stütze für kroatische Gewerkschaften **FOTO: PRIVAT**

INFO

Die Sozialakademie ist ein zehnmonatiges Weiterbildungsangebot von Gewerkschaften, ÖGB und Arbeiterkammern. Aufbauend auf den jeweiligen Erfahrungen aus Interessenvertretung und gewerkschaftlicher Vorbildung werden TeilnehmerInnen für Ihre Tätigkeit in Betrieben, Dienststellen oder Interessensvertretungen vorbereitet.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Philipp Kuhlmann, Betriebsratsvorsitzender in einem Handelsunternehmen, ehrenamtlicher Vorsitzender der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung Österreich und in der Erzdiözese Wien. FOTO: IOULIA KONDRATOVITCH



Unsere Aufgaben

Seit meinem Kommentar im letzten ZeitZeichen hat sich an der Situation der KABÖ wenig geändert. „Wir haben weiterhin keine Bundessekretärin und versuchen den Betrieb irgendwie aufrecht zu erhalten. Dass die Bearbeitung von Anfragen derzeit teilweise länger dauert, ist nicht zu vermeiden.“ Diese Aussage kennen Sie bereits aus mehreren ZeitZeichen. Es ist leider keine Änderung am Text notwendig.

Konsequenzen

Dass unter diesen Bedingungen langfristig keine Arbeit mehr möglich ist, ist für mich offensichtlich. Jedenfalls wird es grundsätzlich zunehmend schwierig, Ehrenamtliche für die Mitarbeit zu gewinnen, denn ohne hauptamtliche Unterstützung ist ehrenamtliches Engagement sehr schwierig. Der Aufwand für Administratives übersteigt einen vertretbaren Rahmen, und wenn nur noch organisatorische Arbeit möglich ist und Inhaltliches auf der Strecke bleibt, schwindet auch die Motivation. Für mich ist es wahrscheinlich der letzte Beitrag in meiner Funktion als Vorsitzender, weil sich der Umfang der Tätigkeit nicht mehr mit meinem Beruf vereinbaren lässt. Für mich ist dabei positiv, dass ich meine Tätigkeiten problemlos auf der Wiener Ebene bzw. über unsere Allianzen weiter verfolgen kann.

Aufgaben

Es gibt gerade jetzt genug zu tun. Unsere starke Beteiligung an den Protesten gegen den 12-Stunden-Tag etc. zeigen mir, dass es viel Energie gibt. Das Sozialwort ist für uns weiterhin klarer Auftrag. Öfters höre ich Stimmen, dass die KAB sich nach links entwickelt hätte. Für mich kann ich dazu nur sagen, dass ich bei meinen Stellungnahmen (z.B. zu CETA) fast ausschließlich Zitate aus dem Sozialwort und aus Enzykliken verwende. Damit mache ich es mir (das gebe ich gerne zu) recht leicht. Ich sehe es aber als unsere Aufgabe, die katholische Soziallehre zu verbreiten und zu leben. Somit habe ich kein Problem damit, und ich kann sicher sein, dass diese Positionen jenen der Kirche entsprechen und die Behauptung, dass es „linkes Gedankengut“ wäre (was auch immer das im Einzelfall bedeuten mag?) relativiert werden. Ich fürchte eher, dass sich viele KritikerInnen

nach rechts bewegt haben (was sich ja auch unter anderem an der gesamten Gesellschaft in den Wahlergebnissen widerspiegelt). Bei der Kritik wird selten auf Fakten oder die Soziallehre Bezug genommen.

Biedermann und die Brandstifter

Nichts, was diese Regierung macht, ist eine Überraschung. Alles steht schon lange im Parteiprogramm der FPÖ, die ÖVP hat sich kurzfristig von ihren christlich-sozialen Wurzeln getrennt und sich schon bisher vorhandenen neoliberalen Strömungen ergeben. Diese Regierung arbeitet im Auftrag einer kleinen Gruppe von Wohlhabenden und Industriellen. Die Finanzströme vor der Wahl sind bekannt (z.B. 436.463 EUR von KTM-Chef Pierer), die Ziele schon viel länger (ich erinnere an die Situation von 2008, als FPÖ-Abgeordnete versuchten, die Umlage zur Arbeiterkammer zu senken). Ich bin immer wieder an das Stück „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch erinnert und habe es daher im Sommer wieder gelesen: Biedermann sieht was passiert, gibt den Brandstiftern Quartier am Dachboden, sieht die Fässer mit Benzin, die sie dorthin bringen, und am Ende gibt er den Brandstiftern sogar die benötigten Streichhölzer ...

Christlich geht anders

„Das Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich versucht aus christlicher Sicht wegweisende Antworten zu geben oder grundsätzliche Fragen zu stellen, um schließlich konkrete Schritte zur Umsetzung der erkannten Zeichen der Zeit aufzuzeigen.“ So steht es im Vorwort des Sozialworts, bei dessen Erstellung Personen und Gruppen aus unterschiedlichen politischen Lagern und gesellschaftlichen Bereichen mitgewirkt haben. Ich freue mich immer wieder, wenn Altbischof Maximilian Aichern die Bedeutung und unverzichtbare Expertise der Laien betont. Motivation können uns auch die Propheten des Ersten Testaments geben: Das waren oft ehrenamtliche Laien im heutigen Sinn ohne Unterstützung seitens des Establishments. Wir haben gerade jetzt genug zu tun. Unser Engagement im Sinne der Katholischen Soziallehre ist gefragt!

Der Fall CEINCONSA in Ecuador

Ein Solifonds-Projekt der KABÖ im Kampf um ArbeiterInnenrechte

In der ersten Ausgabe des ZeitZeichen dieses Jahres wurde über ein Projekt des Solidaritätsfonds der KABÖ berichtet: Den Fall des Comité Especial de Trabajadores de la Compañía CEINCONSA S.A., das im März 2016 mit 57 Arbeitern einer Bananenplantage gegründet und offene Sozialleistungen aus mehreren Jahren gerichtlich geltend gemacht hat sowie die Entlassungen von Arbeitern, die Gewerkschaftsmitglieder sind, bekämpft. Philipp Kuhlmann berichtet über den Fortgang der Auseinandersetzungen. VON: PHILIPP KUHLMANN

Das Gutachten über die offenen Sozialleistungen ergab einen Betrag von 500.000 USD. Der Arbeitgeber hatte Einwände eingebracht. Die Gutachterin bekam eine Frist von 48 Stunden, um diese zu beantworten. Allerdings befand sie sich von Mitte Oktober einen Monat lang im Krankenhaus und das Mail wurde ihr wegen eines Tippfehlers in der Adresse nicht zugestellt. Einer Nachfrist von 48 Stunden kam sie nach Ihrer Rückkehr nach. Trotzdem wurde am 24. 11. das Gutachten für null und nichtig erklärt. Der Arbeitsinspektor bestellte einen neuen Gutachter, mit einer Frist von 48 Stunden, um mit der Arbeit zu beginnen und weiteren 15 Tagen, um ein Gutachten bezüglich der Auszahlung zu erstellen. Einem Einspruch der Gutachterin gegen das Vorgehen wurde nicht stattgegeben. Gegen die Ernennung des neuen Gutachters legte auch der Arbeitgeber Beschwerde ein, weil er bereits früher Aufgaben nicht nachgekommen war, und fordert eine neue Person. Dem wurde per 15.1. stattgegeben und es wurde eine Liste qualifizierter Gutachter angefordert. Das ist ein Erfolg, da der neue Gutachter in seinem Bericht lediglich auf Forderungen in Höhe von 5.000 USD gekommen ist. Obwohl am 23.1. eine aktualisierte Liste geschickt wurde, wurde bis dato kein neuer Gutachter ernannt – trotz andauernden Anfragen bei verschiedensten Instanzen (Präsident, Arbeitsminister und Volksanwalt). Es gibt derzeit keinen Fortschritt in diesem Konflikt, da der Arbeitsminister der Sohn des Rechtsberaters der AEBE

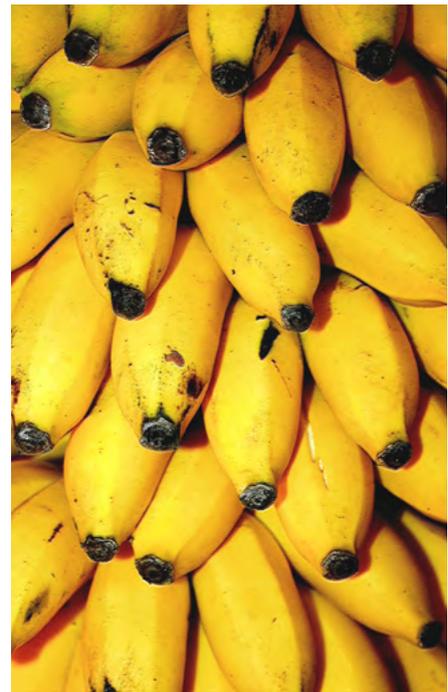
(Asociación de Exportadores de Bana-no del Ecuador) ist und auch der Präsident der AEBE, der Großgrundbesitzer Jorge Alex Serrano, ist ein Cousin des Arbeitgebers.

Kollektivvertrag

Im Juni 2017 wurde das Verfahren für einen Kollektivvertrag eingeleitet. Das Unternehmen CEINCONSA S.A., wurde informiert und mit der Verhandlung beauftragt. Da nichts geschah, übernahm die „Dirección de Mediación Laboral“ diese Aufgabe und lud zu drei Treffen, wo die Vereinbarungen getroffen wurden. Der Prozess ging an die Regionalbehörde in Loja, da es nicht in allen Punkten eine Einigung gab und somit in einem Verfahren vor dem Schiedsgericht entschieden würde. Dieses Verfahren konnte vorerst nicht verfolgt werden, weil es kein Geld für die Fahrten nach Loja gab, das 6 Stunden von Machala entfernt ist. Am 14.12. konnten dann 2 Anwälte nach Loja reisen, um eine schriftliche Stellungnahme einzubringen und die Verhandlung voranzutreiben. Am 26.12. ging es erneut nach Loja, um fehlende Dokumente nachzuliefern, wie kurzfristig zuvor mitgeteilt worden war. Der Arbeitgeber wurde im Jänner informiert und am 21.2. gab es wieder Verhandlungen in Loja. Da die Arbeitgeberseite zu spät zum Termin erschien, gab es nur eine informelle Besprechung. Am 27.2. wurde dann die Entscheidung von Jänner teilweise revidiert und es mussten neue Dokumente vorgelegt werden. Am 2.3. gab es die 4. Reise nach Loja. Die Reisen, Anwaltskosten, etc. belaufen sich bislang auf über 2.500 USD.

Entlassungen

Bisher wurden 7 Arbeiter gekündigt und in Folge kam es zu Klagen und teilweise zu Einigungen mit dem Arbeitgeber. Außerdem gibt es Maßnahmen gegen 6 weitere Mitglieder der Gewerkschaft (davon 4 leitende). Sie werden nicht mehr zu zusätzlichen Arbeiten an den Ernte- und Verladetagen eingesetzt, was zu Einkommenseinbußen führt. 5 davon haben beim Arbeitsinspektorat dagegen Beschwerde eingereicht.

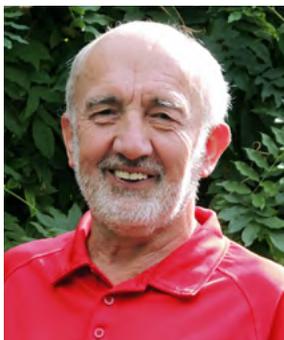


Kämpft für die Rechte von ArbeiterInnen einer Bananenplantage in Ecuador: Das Comité Especial de Trabajadores de la Compañía CEINCONSA – der Solidaritätsfonds der KABÖ unterstützt das Projekt FOTO: RIKE/PIXELIO.DE

Meine Träume

Rückblicke und Ausblicke eines Arbeitswelt-Experten

Am 27. Oktober 2018 wird Hans Riedler 80 Jahre alt. Riedler, langjähriges KAB-Mitglied, hat in vielerlei beruflichen Positionen ein Leben lang daran mitgearbeitet, unsere Arbeitswelt human zu gestalten. Bis heute mischt er sich ein und erhebt er seine Stimme zu aktuellen Fragestellungen von Arbeitswelt und sozialem Zusammenhalt. VON: HANS RIEDLER



„Ich bin stolz ein Arbeiterkind zu sein. Mein Vater war in einem Kieswerk Hilfsarbeiter und Betriebsrat - und auch ich war während meiner Berufstätigkeit insgesamt 15 Jahre Betriebsratsvorsitzender.“ FOTO: RIEDLER

ZUR PERSON

Hans Riedler: Geboren am 27. Oktober 1938 in Oberweis bei Laakirchen, früherer Tod der Eltern (im Alter von 5 Jahren Verlust der Mutter, im Alter von 14 Jahren Verlust des Vaters), 5 Geschwister, Lehre als Autospengler, Übersiedlung nach Linz, Arbeitermittelschule, Sekretär und Nationalleiter der KAJ bis 1973, KAB-Sekretär in OÖ, Geschäftsführer und Obmann der Arbeitsloseninitiative B7, 1987 - 2001 Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, seit Beginn der Pension 2001 weiter in sozialen und kirchlichen Organisationen und Initiativen engagiert, besonders im Zentrum der Betriebsseelsorge der Voest, verheiratet seit 1971 mit Eva, 4 Kinder, ein Wahlsohn aus dem Sudan mit Frau aus Nigeria und 3 Kindern, 9 Enkelkinder.

„Mit 17 hat man noch Träume“ haben wir vor vielen Jahren mit Begeisterung gesungen. Und ich träume auch mit 80 noch – vor allem von einer friedlicheren, gerechteren und damit menschenfreundlicheren Gesellschaft bei uns in Österreich und weltweit. Diese Hoffnung erfüllt mich als „Schüler von Josef Cardijn“, Gründer der Internationalen Katholischen ArbeiterInnenjugend (KAJ), schon viele Jahre meines Lebens. Meine Verantwortung und Aufgabe als Aktivist und Rundenleiter in der Gemeinschaft der KAJ, als Diözesansekretär in OÖ und Verantwortlicher der KAJ-Österreichs, als Sekretär der Kath. ArbeitnehmerInnenbewegung und Betriebsrat und in den letzten 14 Jahren meiner Erwerbstätigkeit als Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, gaben mir viele Möglichkeiten, mich für eine menschenfreundlichere und gerechtere Gesellschaft zu engagieren. Mit Überzeugung kann ich sagen, mein auch mit 80 Jahren noch mögliches Engagement – seit meiner Pensionierung verständlicherweise in bescheidenerer Form - bereichert nach wie vor mein Leben. Die zahlreichen positiven und zustimmenden Rückmeldungen zu meinen Gedanken und kritischen Anmerkungen motivieren mich, nach wie vor meine Stimme gegen Ungerechtigkeiten und für die „Kleinen“ zu erheben. Leider gibt es dazu viele Anlässe.

Unsere Bundesregierung tritt zwar sehr freundlich auf, es wird – zumindest nach außen hin - nicht gestritten und sehr oft werden die Worte Solidarität und Zusammenhalt für alle in den Mund genommen. Das ist positiv

zu bewerten. Es gibt aber trotz dieser Lippenbekenntnisse berechtigterweise viel Kritik und Ablehnung für die bereits beschlossenen und noch geplanten „Veränderungen“, denn die meisten Maßnahmen, festgeschrieben im Regierungsprogramm, sind gegen die „kleinen Leute“ gerichtet. Die Solidarität mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft verringert sich, es werden Unwahrheiten verbreitet, Ängste geschürt, die Reichen werden noch reicher und die Armen noch ärmer. Es erfolgt eine Spaltung der Gesellschaft, vor allem die Gruppe mit geringen Teilhabechancen wird gegeneinander ausgespielt – auf der einen Seite die österreichischen „Habenichtse“, ihnen gegenüber die Asylwerber und Flüchtlinge.

Die Liste dieser unmenschlichen, teilweise existenzbedrohenden Maßnahmen bzw. „Veränderungen“ der Bundesregierung (Kürzungen, Streichungen und Abschaffung überlebenswichtiger finanzieller Leistungen) gegen die „Schwachen und Kleinen“ ist inzwischen schon sehr lang.

Kein Wort hingegen von vermögens- und umweltbezogenen Steuern zur nachhaltigen Finanzierung unseres Sozial-, Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystems), dafür aber für Unternehmen eine Senkung der Körperschaftsteuer, die Begünstigung der Immobilienwirtschaft, Einführung eines gesetzlich möglichen 12-Stunden Arbeitstages ... usw.

Aber nicht nur in Österreich werden die Armen ärmer und die Reichen reicher. Auf die vielfach noch viel schlimmere Situation in vielen Ländern der Erde macht Papst Franziskus in be-

eindrückender Weise im Film „Papst Franziskus – Ein Mann seines Wortes“ aufmerksam. Es werden berührende Begegnungen mit verschiedenen Menschen und Ausschnitte aus seinen bedenkenswerten Reden im Rahmen seiner weltweiten Reisen dokumentiert, wobei er sich nicht scheut, die in unserer Welt herrschenden Ungerechtigkeiten und weit verbreitete Armut in einer beachtenswerten Deutlichkeit zu benennen und auch zu verurteilen – im Sinne seiner Aussage im Pasto-

ralschreiben Laudato Si: „Unsere Wirtschaft tötet“. Papst Franziskus kritisiert diese unmenschlichen Zustände aber nicht nur, er zeigt auch Wege auf und vermittelt Hoffnung und Zuversicht. Sehr berührt hat mich in diesem Zusammenhang sein letzter, humorvoller aber zugleich aussagekräftiger Satz im Film: „Ich wünsche mir und Ihnen eine gute Verdauung – und genügend zum Verdauen“. Diesen Film sollten möglichst viele Menschen sehen, vor allem Entscheidungsträger in der Poli-

tik und Wirtschaft. Es ist höchste Zeit „aufzuwachen“ und die Stimme gegen diese „unmenschlichen und unsozialen Veränderungen“ zu erheben, denn die nach wie vor hohe Zustimmung für diese Politik in immer mehr Ländern – Amerika, Ungarn, Italien, Türkei u.a.m., aber auch in Österreich, erfüllt mich mit Sorge.

Die Redaktion von ZeitZeichen gratuliert Hans Riedler herzlich zum 80. Geburtstag.

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Christine Plank Betriebsseelsorgerin i.A., kfb-Diözesan-Referentin, Sozial- und Gestaltpädagogin, Dipl. Erwachsenenbildnerin, Humorforscherin :) **FOTO:** PLANK



Nicht Sklaven, nicht Maschinen

Seit September 2014 arbeite und gestalte ich das Tun in der Betriebsseelsorge Traisental, Diözese St. Pölten, für 15 Stunden/Woche, sozusagen als Quereinsteigerin, mit. Schwerpunktartig bin ich für Betriebe und Betriebsbesuche im Zentralraum St. Pölten zuständig. Hier liegt meine Aufgabe in der persönlichen und kontinuierlichen Begleitung von Menschen am Arbeitsplatz: BetriebsrätInnen, ArbeiterInnen, Priester und Geistliche Begleitungen, GewerkschafterInnen, Lehrlingen, ... Mit der Botschaft „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ und der Aussage von Kardinal Josef Cardijn, „Nicht Sklaven, nicht Maschinen, nicht Lasttiere seid ihr“, kann ich mich gut identifizieren und es lässt sich damit leicht mit Menschen ins Gespräch kommen. Es ist notwendig, auf die Menschen zuzugehen, besonders für die Menschen am Rand der Gesellschaft, ihnen zuzuhören, nachzufragen, mitzufühlen, manches Mal gemeinsam ohnmächtig zu sein und/oder einfach gemeinsam zu lachen. Was mich erschreckt ist, wenn ich merke, dass (arbeitende/ arbeitslose/...) Menschen das Gefühl haben, absolut keine Perspektive mehr zu haben. Wenn sie so eingebunden sind in Verpflichtungen, Schulden, Abhängigkeiten, ... dass sie nicht einmal mehr darüber sprechen wollen, wenn sie keine Möglichkeit mehr sehen, oft auch nur Kleinigkeiten in ihrem Leben zum Besseren hin zu gestalten.

Da ist es gut, dass es uns gibt!

Als Betriebsseelsorgerinnen und Betriebsseelsorger wollen wir, dass wir alle schon jetzt das verheißene „Leben in Fülle“ erlangen können, dass wir gut und menschengerecht arbeiten können und entlohnt werden. Wir wollen, dass der Arbeitsplatz im besten Fall zu einem Ort wird, an dem individuelle Stärken zum Tragen kommen und sich neue Fähigkeiten entwickeln können. Ein Ort, an dem wir Arbeitszeit als Lebenszeit erleben dürfen und auch so bewerten ...

Das Team der Betriebsseelsorge gibt auch mir Kraft und Rückhalt an den wesentlichen Dingen dranzubleiben, spendet Trost, wenn das nötig ist und beflügelt meine Kreativität und meinen Humor und nährt im gemeinsamen Tun und Feiern meine Spiritualität. Danke dafür!

Mein fester Glaube an einen menschenfreundlichen Gott und der Glaube an das Gute im Menschen. Ich denke, wir sind grundsätzlich eher auf Kooperation angelegt, als auf Konkurrenz.

Meine Vision ist das „gute Leben für alle“! Wir sollen, im Sinne unseres christlichen Glaubens, Gesellschaft aktiv mitgestalten und immer wieder laut unsere Stimme erheben, wenn es darum geht Ungerechtigkeiten und Missstände aufzuzeigen. Nur wenn wir uns den Herausforderungen stellen, kann ein menschenwürdiges, friedvolles Leben Wirklichkeit werden.

Auf dem Weg zur Selbstermächtigung

Am 20. Juni dieses Jahres wurde das Publikum anlässlich der Theateraktion „SommerSonnenWahl“ im Rahmen der 800-Jahr-Feier der Diözese Graz-Seckau eingeladen, sich sozial zu engagieren. Dieses Engagement von Freiwilligen gilt es zu stärken, um einer zunehmenden Ent-Solidarisierung in Form von sozialer Ausgrenzung entgegen zu wirken. Und: es braucht das „Ja“ zur Sozialpartnerschaft, meint Arno Niesner. VON: **ARNO NIESNER**, MITGLIED IM VORSTAND DER KAB STEIERMARK

Die seit Jahrzehnten verkündete und nun weithin gelebte Marktgläubigkeit führte in Deutschland mittlerweile dazu, dass rund jede und jeder Vierte unter der (Armuts-)Grenze zum Niedriglohn arbeitet.

Karl R. Popper meinte in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde 2“ dazu: „Wir dürfen auch nicht die dunklen

ökonomischen Dämonen hinter der Szene anklagen. Denn in einer Demokratie besitzen wir den Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen. Wir können sie zähmen. Es ist wichtig, daß wir diese Einsicht gewinnen und die Schlüssel gebrauchen; wir müssen Institutionen konstruieren, die es uns erlauben, die ökonomische Gewalt auf demokratische Weise zu kontrollieren

und die uns Schutz vor der ökonomischen Ausbeutung gewähren.“ (S 159)

Eine dieser Institutionen ist in Österreich die Sozialpartnerschaft. Ihr haben wir es zu verdanken, dass der Anteil des Niedriglohns bisher nur gering gestiegen ist. Sie ist daher zu stärken.

Freiwillig 12 Stunden pro Tag arbeiten?



Alois Ruhri,
stellvertretender
Vorsitzender der
KAB Steiermark

FOTO:
GERD NEUHOLD

Kurz vor der Sommerpause hat der Nationalrat, ohne die in Österreich in solchen Fällen übliche Einigung auf Sozialpartnerebene, mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS eine Abänderung des Arbeitszeitgesetzes beschlossen. Die "Normalarbeitszeit" bleibt mit dem neuen Gesetz zwar bei acht Stunden täglich und 40 Stunden pro Woche, doch verpflichtet jetzt ein allein von Arbeitgeberseite festgestellter „erhöhter Arbeitsbedarf“ zur Arbeit von 12 Stunden pro Tag bzw. 60 Stunden pro Woche. Auch bisher durfte/musste schon bis zu 12 Stunde pro Tag gearbeitet werden, wenn einem Unternehmen ein „unverhältnismäßiger wirtschaftlicher

Nachteil“ drohte. Dazu bedurfte es jedoch die Zustimmung des Betriebsrates (oder in Betrieben ohne Betriebsrat einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer). Jetzt entscheidet der Arbeitgeber allein, das Mitspracherecht des Betriebsrates bzw. des einzelnen Arbeitnehmers gibt es nicht mehr, es darf /muss „freiwillig“ 12 Stunden gearbeitet werden! Damit wird den Betriebsräten nicht nur die Möglichkeit genommen, dafür als Gegenleistung z.B. eine bessere Abgeltung oder einen geblockten Zeitausgleich zu verhandeln, es erschwert auch die Vertretung von Kollegen, die aus welchen Gründen auch immer nicht 12 Stunden arbeiten können oder wollen.

Die aufgrund politischen Druckes erst nachträglich eingefügte „Freiwilligkeit“ findet sich im Gesetz folgendermaßen formuliert: „Es steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern frei, Überstunden nach § 7 und § 8 Abs. 1 und 2 ohne Angaben von Gründen abzulehnen, wenn durch diese Überstunden die Tagesarbeitszeit von 10 Stunden oder die Wochenarbeitszeit von

50 Stunden überschritten wird. Sie dürfen deswegen nicht benachteiligt werden, insbesondere hinsichtlich des Entgelts, der Aufstiegsmöglichkeiten und der Versetzung“.

Ist damit wieder alles okay? In manchen Fällen ja, in manchen Fällen aber auch nein! Ebenso wie es generell den „bösen“ Arbeitgeber nicht gibt, ebenso gibt es auch den generell „guten“ nicht. Und es gibt auch den nur „guten“ und den nur „bösen“ Arbeitnehmer nicht. Deshalb genügt dieser oben zitierte Satz über die „Freiwilligkeit“ nicht. Beide Seiten können und werden diese Freiwilligkeit missbrauchen! Daher scheint es wichtig, dass es auf beiden Seiten Vertreter gibt. Betriebsräte können natürlich manchmal „lästig“ sein, doch gerade im Falle der Beurteilung der „Freiwilligkeit“, vor allem auch der im Gesetz festgeschriebenen Nicht-Benachteiligung bei einer Ablehnung des 12-Stunden-Arbeitstages sollten sie daher ein Mitspracherecht haben. Die in diesem Falle gezielte Ausschaltung der Arbeitnehmervertretungen trägt gewiss nicht zum oft zu Recht hochgelobten sozialen Frieden in Österreich bei.

Zukunft Arbeit - Zukunft Kirche

Die „digitale Revolution“ als Herausforderung

Um diesem Thema etwas näher zu kommen, trafen sich in Kapfenberg auf Einladung der Betriebsseelsorge Obersteiermark Ost Interessierte zu einer Abendveranstaltung. VON: **GEORG SALVENMOSER**, BETRIEBSSEELSORGER

Anhand einiger Thesen zur Gestaltung der Arbeit in Zukunft von unserem Referenten Andreas Gjecaj, FCG Generalsekretär und KAB-Vorstandsmitglied, haben wir Perspektiven einer Gesellschaftsgestaltung in der Region Obersteiermark Ost diskutiert. Eine große Herausforderung, so Gjecaj, ist die „digitale Revolution“. Durch den Einsatz computergesteuerter Maschinen, die ganze Produktionsprozesse übernehmen, werden sich einige Berufsbilder verändern oder gar verschwinden. Die Vollautomatisierung im „digitalen Supermarkt“ bringt beispielsweise mit sich, dass alle Artikel mit elektronischen „Chips“ bestückt sind, der Einkauf digital abgerechnet wird und auch die Regale vollautomatisch nachgeschichtet werden. Dadurch könnten allein in Österreich bis zu 200.000 Arbeitsplätze wegfallen.

Arbeit muss gerechter werden

Eine weitere These: Arbeit muss gerechter bewertet und verteilt werden. Es muss möglich sein, neben der Arbeit als Beruf auch zum eigenen und familiären Nutzen zu arbeiten und sich auch öffentlich – also im sogenannten Ehrenamt – einzubringen. Dies ist besonders bei Schichtarbeit bzw. langer und flexibler Arbeitszeit – auch aus persönlicher Erfahrung einiger TeilnehmerInnen – sehr schwer zu verwirklichen. Durch ein Aufteilen der Arbeit müsste es zu einer Verkürzung der Arbeitszeit und nicht eine unter dem Vorwand der Flexibilisierung leider schon beschlossene „12-Stunden Woche“ kommen, waren sich die Teil-

nehmerInnen der Veranstaltung einig.

Den Sonntag frei halten

Ein Begriff der uns immer wieder beschäftigt war der der „Guten Arbeit“. Wenn man von der Fülle des Lebens spricht, hat das auch mit einem Rhythmus des Lebens zu tun, bei dem Familie und Beruf vereinbar sind. Das beste Beispiel: Der Sonntag! Einen Tag in der Woche soll die Arbeit ruhen.

Sonntagsarbeit soll auf drei Bereiche beschränkt werden: Arbeit an und für den Menschen und die Gesellschaft, Arbeit aus zwingenden technischen Gründen, Arbeit zur Verhinderung des Verderbs von Naturerzeugnissen.

Der Sonntag repräsentiert das, was aller Arbeit erst einen Sinn gibt. Es gilt also, so auch die TeilnehmerInnen, sich für den freien Sonntag einzusetzen, damit die Würde des Menschen gewahrt bleibt.

Zukunftsbild der katholischen Kirche Steiermark

Zur Zukunft der Kirche hatten wir mit Herbert Schaffenberger, Regionalkoordinator Region Obersteiermark Ost, einen zweiten Referenten eingeladen. Er verwies auf das Zukunftsbild der katholischen Kirche Steiermark. Es beinhaltet die Aufforderung, in ungewohnte Lebensräume zu gehen. Das heißt konkret, den Blick der Kirche besonders auch auf die Welt der Arbeit zu richten. „Wir sind und waren nie eine Freizeitkirche“, so Gjecaj. „Es gilt auch Netzwerke und Kooperationen z. B. mit Gewerkschaften und anderen öffentlichen Einrichtungen in den neu entstehenden Seelsorgeräumen zu fördern.“



Andreas Gjecaj, Generalsekretär der FCG und KAB-Vorstandsmitglied, im Gespräch mit KAB-Mitgliedern der Region Obersteiermark Ost. FOTO: PRIVAT

Die Kirche will im diakonischen Auftrag dem Leben dienen und setzt sich aktiv für gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen ein, die ein solidarisches und gerechteres Leben für alle ermöglichen“, zitierte Schaffenberger aus dem Zukunftsbild. Auch der Begriff der Kirchorte, die besondere Erfahrungsräume mit neuen Formen und Weisen des Lebens darstellen, kam in die Diskussion. Dabei soll ein buntes Netzwerk aus bewährten und neuen Formen des Kirche-Sein entstehen, die Seelsorgeräume.

Abschließend kann man sagen, dass uns die großen Herausforderungen der Zukunft von Arbeit und Kirche bewusst sind und es uns nur zusammen und mit gutem Willen gelingen kann, sie zu meistern.



Die KAB Steiermark trauert um **Horst Jehart**, KAB-Vorsitzender Steiermark Ende der 80iger Jahre, und **Josef Boritsch**, Gründungsmitglied der KAB Steiermark.



Die KAB Fußwallfahrt nach Mariazell. FOTO: FERDINAND FRIEDL

gestärkt begeistert getragen

**KAB Fußwallfahrt 2018
nach Mariazell unter dem
Motto „Christlich geht
anders“**

Von 16.-19. Mai machten sich mehr als 60 PilgerInnen von Rodaun zur traditionellen KAB Fußwallfahrt nach Mariazell auf den Weg. Das Resümee: „Gestärkt gehen wir ins kommende Jahr!“

Auf den Spuren von Joseph Cardijn

CAJ/KAB-Austausch stand am 28. August am Stephansplatz 6 auf der Tagesordnung. Gabi Kienesberger, Johann Lechner und ich begrüßten 12 junge Frauen und Männer aus Passau. Wir hatten große Freude von ihnen im Detail zu hören, wie sie nach den Grundsätzen Joseph CARDIJNS (1882-1967), mit jungen Menschen in ihrer Lebens- und Arbeitswelt engagiert Zeit verbringen. VON: RUPERT SCHOBER (JAHRGANG 1940)

CARDIJN gründete Anfang der Zwanzigerjahre des vorigen Jahrhunderts in Brüssel die Christliche Arbeiterjugend (JOC). SEHEN – URTEILEN – HANDELN ist die mittlerweile zeitlos gültige Methode. Sie diskutierten mit uns klug darüber bzw. hinterfragten wie wir sie zu unserer Zeit angewendet haben. So konnten Johann und ich ihnen von unseren aktiven Jahren in der KAJ berichten.

Meine Erzählung über die persönlichen Begegnungen mit Joseph CARDIJN am 1. und 2. Mai 1954 in Mariazell/Stmk. und am 21. und 22. Oktober 1961 in Wien beeindruckte sie sehr. Auch einen Brief konnte ich vorlegen, welchen er mir am 3. November 1965 aus Rom schrieb. Seine klaren Worte, welche nach wie vor voll stimmen, lauteten: „Niemals in der Geschichte hat die Jugend eine solche Aufgabe gehabt wie

heute und in den kommenden Jahren.“

Unsere Berufung in bzw. für die Welt der Arbeit erhielten wir von PIUS XI mit den Worten: „Die ersten und unmittel-

baren Apostel der Arbeiter müssen die Arbeiter und ArbeiterInnen selbst sein.“ Es freute mich, dass ich nach so vielen Jahren nochmals eine CAJ Gruppe erleben durfte!



CAJ-KAB Freundschaft FOTO: KAB WIEN

Nein zu Angriffen auf Sozialstaat

Kritik an Regierungspolitik durch VertreterInnen von KAB, ÖGB und AK

„Angriffe auf den Sozialstaat durch die Bundesregierung“ sind bei der Sommerakademie der Katholischen ArbeitnehmerInnenbewegung der Diözesen Wien und St. Pölten kritisiert worden. An der dreitägigen Konferenz von 27. bis 29. August in Gaming nahmen wie jedes Jahr auch FunktionärInnen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und der Arbeiterkammer Niederösterreich sowie BetriebsrätInnen teil. Lebhaft diskutiert wurden vor allem die Konsequenzen der momentanen Politik für die ArbeitnehmerInnen in den Betrieben, heißt es in einer Presseaussendung der KAB.

„Christlich geht anders“, sagten die christlichen Arbeitnehmer-VertreterInnen, angesichts des „Abbaus des Sozialstaates zulasten derer, die auf die Leistungen des Sozialstaates angewiesen sind“. Dieser Abbau widerspreche einer christlich verstandenen, allen zukommenden Menschenwürde, so der Tenor der in Gaming Versammelten. Die TagungsteilnehmerInnen forderten einen starken Sozialstaat statt neoliberaler und entwürdigender Kürzungen im Sozialbereich. Man wolle überdies keine Festung Europa, sondern ein Europa, in dem der soziale Zusammenhalt gestärkt werde, wurde mit Blick auf die EU-Wahlen 2019 deponiert.

Heftige Kritik gab es an der Kürzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und der Notstandshilfe und am gegeneinander Ausspielen von in- und ausländischen ArbeitnehmerInnen.

Bei der diesjährigen Sommerakademie nahmen unter anderem die niederösterreichische Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann und NÖG-KK-Generaldirektor Jan Pazourek teil. Die Sommerakademie in Gaming hat jahrzehntelange Tradition und verbindet Kirche und Arbeitswelt.



Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin, bei der Sommerakademie in Gaming

FOTO: PHILIPP KUHLMANN

religion.ORF.at/KAP/red

Verliert Europa seine Seele? Sozialstaat, Menschenrechte und Friedensunion unter Druck

Populismus, Autoritarismus, Umgang mit Menschen auf der Flucht sind Anzeichen, dass Sozialstaat, Menschenrechte und europäische Friedensunion schwer unter Druck stehen. *Auf welchem Fundament steht unser Europa (noch)? Wohin verändert sich Europa? Ist die Europäische Union ein Garant für die Einhaltung der Menschenrechte? Und die Rolle der Kirchen?*

PODIUMSDISKUSSION

Donnerstag, 4. 10., 19 Uhr
Stephanisaal, Stephansplatz 3, 1010 Wien

Eine Veranstaltung von

**CHRISTLICH
geht anders**
SOLIDARISCHE ANTWORTEN AUF DIE SOZIALE FRAGE



Am Podium

ANMELDUNG unter: info@christlichgehtanders.at

Othmar Karas

Abgeordneter zum Europäischen Parlament, EVP



Regina Polak

Institut für Praktische Theologie, Uni Wien



Maria Katharina Moser

Direktorin der Diakonie Österreich



MODERATION:

Gabriele Neuwirth,
Verband Kath. Publizistinnen und Publizisten Österreichs

IMPRESSUM

Medieninhaberin (Verlegerin): Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeberin:** Katholische ArbeitnehmerInnen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 01/51552-3350, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführerin:** Maria Etl **Chefredakteurin:** Mag.a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Mag.a Gabriele Kienesberger, Philipp Kuhlmann **Verwaltung/Anzeigen:** Monika Schwarz **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Hersteller und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer & Schattera, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659 **Hinweis:** Interessiert an einer Anzeige in ZeitZeichen? **Informationen über Anzeigengrößen und -preise erhalten Sie im Büro der KABÖ unter 01/51552-3350**

Auf dem Weg – wohin?



GENOSSENSCHAFT
FÜR GEMEINWOHL

Zum Status des Projekts der „Bank für Gemeinwohl“

2011 wurde begonnen, eine zivilgesellschaftliche Vision zur Veränderung des wirtschaftlichen Zusammenlebens, insbesondere für einen Wandel des Geld- und Finanzsystems zu entwickeln. 2014 wurde mit der Gründung einer Genossenschaft begonnen, mit der diese Vision schrittweise umgesetzt werden sollte. Ein wesentlicher Teil dieser Vision war das Angebot von ethischen Finanzdienstleistungen durch die Gründung einer eigenen Bank. VON: PHILIPP KUHLMANN

Als ersten Schritt auf dem Weg zur Vollbank hatte die Generalversammlung der Genossenschaft am 1.10.2016 die Gründung eines Zahlungsinstituts beschlossen. Zur Absicherung dieses Geschäftsmodells hatte die Generalversammlung am 22.4.2017 der Beteiligung der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum als Partner im Zahlungsinstitut zugestimmt



a.o. Generalversammlung FOTO: GfG

und der Vorstand hatte am 13.9.2017 den Antrag auf Erteilung einer Konzession als Zahlungsinstitut bei der FMA (Finanzmarktaufsicht) in Österreich gestellt. Die FMA hat aber erst am 19.12.2017 mit einem Verbesserungsauftrag mit 227 Fragen geantwortet. Umfang und Detaillierungsgrad des Verbesserungsauftrags zeigten, dass die FMA dem geplanten Konzessionsantrag für ein Zahlungsinstitut kritisch gegenüber steht.

Das Kapital

Der zweite ebenso wichtige Faktor für das Gelingen des Vorhabens war die Kapitalsammlung durch das Gewinnen neuer GenosschafterInnen. Es war gelungen über 4 Millionen EUR zu

zeichnen. Dieses Ergebnis ist bemerkenswert und hätte ausgereicht, um das Zahlungsinstitut zu starten. Für zukünftige Investitionen zum Aufbau der Geschäftsfelder (Zahlungsinstitut, Akademie, Crowdfunding) und zur Abdeckung des laufenden Betriebes der Genossenschaft (bis die Geschäftsfelder die Genossenschaft tragen) hätte es aber mehr gebraucht. Leider war die Kapitalsammlung über drei Jahre rückläufig. Trotz Einsparungen auf der Kostenseite wurde im Jahr 2017 mehr Geld eingesetzt als Genossenschaftskapital eingesammelt. Mehr als die Hälfte des Genossenschaftskapitals wurde für Investitionen und den Betrieb der Genossenschaft verbraucht. Ein Kostensenkungsprogramm wurde ausgeweitet und das Team der Angestellten um fünf Personen verkleinert.

Eine Alternative

Im Lichte dieser Entwicklung wurde eine alternative Strategie ins Auge gefasst: Die Bank für Gemeinwohl als eine Niederlassung der GLS Gemeinschaftsbank eG in Österreich zu errichten. Die GLS würde in Österreich eine Niederlassung eröffnen, die Teil der deutschen GLS Gemeinschaftsbank ist. Dieser Schritt würde keiner expliziten Zustimmung der österreichischen Finanzmarktaufsicht bedürfen. Die „deutsche“ Bank-Lizenz würde für das Geschäft in Österreich erweitert werden. Der größte Vorteil dieser Variante wäre gewesen, dass wesentlich rascher ein komplettes Produktangebot (Konto, Sparen, Kredit, Fonds) möglich gewesen wäre. Vorleistungen, wie der Name und Bekanntheit der "Bank für

Gemeinwohl", die lebendige Community mit vielen engagierten Ehrenamtlichen, Kapital und MitarbeiterInnen würden nach Möglichkeit mit eingebracht werden. Damit wäre ein wesentlicher Aspekt der ursprünglichen Vision in die Tat umgesetzt. In dieser Variante hätte die Genossenschaft allerdings kein Eigentum an der Bank für Gemeinwohl, die „nur“ eine Niederlassung der GLS Bank wäre. Die vertragliche Beziehung zwischen der Genossenschaft und der GLS Gemeinschaftsbank wäre zu verhandeln. Die Generalversammlung beauftragte am 20.1.2018 den Vorstand, neben der Weiterverfolgung des Lizenzverfahrens auch Sondierungsgespräche mit der GLS Bank zu führen. Am 12.2. wurde fristgerecht die Verbesserung des Antrags beim Bundesverwaltungsgericht eingebracht nachdem die FMA im Jänner den gesamten Akt an das Gericht übermittelt hatte. Die Verhandlungen mit der GLS Bank wurden ebenfalls gestartet.

Und heute ...?

Am 8.6. wurde der Antrag auf Erteilung einer Konzession für ein Zahlungsinstitut von der FMA abgelehnt.

In Folge fand am 8.9. eine a.o. Generalversammlung statt, die u.a. folgende Ergebnisse brachte:

- Fortführung (Nichtauflösung) der Genossenschaft
- Umbenennung im Firmenbuch auf GfG Genossenschaft für Gemeinwohl eG
- Neuausrichtung mit Bank-Partner und lizenzfreien Finanz-DL
- Herabsetzung des Kapitals auf 25% und damit: Einstieg in die Geno ab 1. 1. 2019 ab 50 Euro möglich



**Dienstag, 25. September 2018,
18.00 Uhr**

christlich geht anders # DAS SPIEL

Ein Spielabend für MultiplikatorInnen und zukünftige
SpielleiterInnen.

Für alle, die das neue Spiel kennenlernen und an anderen
Orten spielen, bewerben und weitergeben möchten.
Das Spiel kann bei der Veranstaltung auch erworben werden.

Otto Mauer Zentrum, Währingerstraße 2-4, 1090 Wien
Anmeldung im kfb Büro.

**Christlich geht anders DAS SPIEL ist
ab Ende September erhältlich!**
Informationen im kfb Büro.

Sie können auch eine/n ReferentIn für einen
Spielabend einladen!

KONTAKT: KFB.WIEN@EDW.OR.AT

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Ernst Pöschl, Geistlicher Assistent der KAB-Burgenland **FOTO:** PRIVAT



Den Anruf hören

Wenn ich mit meinem Handy telefoniere, leuchtet manchmal ein Name auf. Ich weiß dann, dass gerade jemand anruft. Den Namen kenne ich aus meinem Telefonverzeichnis. Sie wären wahrscheinlich nicht wenig überrascht, wenn plötzlich der Name Jesus aufleuchtet, der gerade anruft und ein Gespräch mit Ihnen will. Ich bin davon überzeugt, das Jesus immer wieder mit uns Menschen ins Gespräch kommen will. In vielen Fällen kommt es aber nicht zu einem Gespräch, weil wir den Anruf nicht hören. Der heilige Franz von Sales sagt dazu: „Wie Gott durch die Natur jedem Tier die Instinkte gibt, die es zu seiner Selbsterhaltung braucht, so gibt er jedem von

uns, wenn wir der Gnade Gottes beachten, die notwendigen Einsprechungen. Es gibt keinen Zweifel, dass Gott einem jeden Menschen das sagt, was für ihn notwendig ist. Wenn wir jemanden auf seinem Handy anrufen, dann kommt manchmal die Mitteilung: „Die Person, die sie angerufen haben, ist im Augenblick nicht erreichbar. Bitte versuchen Sie es später noch einmal.“ Bei Jesus ist es ganz anders. Er ist sofort für uns erreichbar. Er hat jede Sekunde für uns Zeit. Es ist leider so: Wer keine Zeit zum Beten, zum Gespräch mit Gott hat, der hat auch keine Zeit zum Leben.

BUCH-TIPP



Hrsgg. Robert Misik, Christine Schörkhuber, Harald Welzer

Arbeit ist unsichtbar

Picus-Verlag, Wien, 2018,
ISBN: 978-3-7117-2068-9
240 Seiten
Preis: € 24

Über die Macht der Kooperation, über weinende Arbeiter, übers Ausgebranntsein, über Arbeitsfreude und das Heimwerken: Ein Kompendium über gesellschaftliche, politische und psychosoziale Aspekte der Arbeit und des Arbeitens. Das Wesentliche an der Arbeit ist unsichtbar: Die informellen Regeln am Arbeitsplatz sind ebenso unsichtbar wie die mit der Arbeit verbundenen Gefühle - und auch die Herkunft der Produkte ist unsichtbar geworden. Diese Sammlung erzählt über die Welt der Arbeit: über Arbeitsstolz und emotionale Kompetenz, über Kooperation und Solidarität. Über Hierarchien und Effizienz, über Respekt und Identität und über die politische Geschichte der Arbeiterbewegung.

„Arbeit ist unsichtbar“ ist das Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Museum Arbeitswelt in Steyr (https://museum-steyr.at/ausstellung-2/arbeit_ist_unsichtbar/)

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

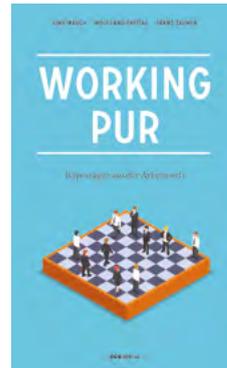
Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at



Mauch Uwe, Freitag Wolfgang,
Zauner Franz

Working pur Reportagen aus der Arbeitswelt

264 Seiten, 1. Auflage
Reihe: Studien und Berichte
ÖGB Verlag
ISBN: 978-3-99046-308-6
Preis: € 19,90

Arbeiten 4.0. Viel wird derzeit über die rasanten Veränderungsprozesse in der Arbeitswelt diskutiert. Der Druck auf jene, die (noch) beschäftigt sind, steigt in nahezu allen Branchen. Jahrhundertalte Berufsbilder lösen sich auf, Menschen werden durch Maschinen ersetzt, die Dividende ist oft die einzige Richtschnur, diktiert auch das Arbeitstempo. Die drei Journalisten Uwe Mauch, Wolfgang Freitag und Franz Zauner haben sich von ihren Schreibtischen entfernt, um sich in der modernen Arbeitswelt umzusehen. Sie haben 16 Menschen in 16 unterschiedlichen Branchen an deren Arbeitsplätzen aufgesucht. In klassischer Reporter-Manier beschreibt das Autorentrio die konkret geleistete Arbeit, aber auch konkrete Hoffnungen und Sorgen, die damit verbunden sind. Das Spektrum ihrer Working Heroes reicht vom 24-Stunden-Betreuer aus der Slowakei bis zum Personalchef einer Wiener Großbank, vom nicht zur Ruhe kommenden Mitarbeiter beim AMS bis zum völlig überforderten Polier auf einer Baustelle. Jede der 16 Reportagen wird durch eine Expertise ergänzt. Brancheninsider beschreiben den Status Quo in den einzelnen Berufsfeldern. Das Buch ist ein Muss für alle, die jenseits von Gesetzestexten, abstrakten theoretischen Abhandlungen und politischer Rhetorik informiert sein möchten.

Österreichische Post AG
MZ 02Z031417 M
Kath. Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien